



Beratungsgegenstand:

Geschäftsordnung für den Kreistag, den Kreisausschuss, Kreistagsausschüsse und die nach besonderen Rechtsvorschriften gebildeten Ausschüsse des Landkreises Uelzen

Sachbearbeitende Dienststelle:

Stabsstelle Koordination und Medienarbeit

Datum

27.09.2016

Beratungsfolge (Zuständigkeit)

Kreisausschuss (Vorberatung)

Sitzungstermin

18.10.2016

Status

N

Kreistag des Landkreises Uelzen (Entscheidung)

01.11.2016

Ö

Sachverhalt:

Grundsätzlich hat sich der Kreistag gemäß § 69 NKomVG eine Geschäftsordnung zu geben. Für die Wahlperiode 2011 bis 2016 hat sich der Kreistag eine an das seinerzeit neue NKomVG angepasste Geschäftsordnung gegeben. Diese hat sich grundsätzlich bewährt. Es wird daher verwaltungsseitig empfohlen, diese Geschäftsordnung zu bestätigen.

Änderungen an der Geschäftsordnung sind jeder Zeit möglich.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt, die als Anlage 1 beigefügte Geschäftsordnung.

Anlagen:

Anlage 1 Geschäftsordnung für den Kreistag, den Kreisausschuss und die Kreistagsausschüsse

Anlage 2 Antrag Grüne GO I

Anlage 3 Antrag Grüne GO II

Anlage 4 Antrag Grüne GO III

Dr. Blume

Geschäftsordnung

für den Kreistag, den Kreisausschuss, die Ausschüsse des Kreistages und die aufgrund besonderer Rechtsvorschriften gebildeten Ausschüsse und Beiräte des Landkreises Uelzen

I. Abschnitt - Kreistag -

§ 1

Fraktionen und Gruppen

(1) Jede Fraktion und jede Gruppe hat eine Vorsitzende/einen Vorsitzenden und eine/einen oder mehrere stellvertretende(n) Vorsitzende(n). Die Bildung einer Fraktion oder Gruppe ist der Landrätin/dem Landrat von der/dem Vorsitzenden der Fraktion oder Gruppe schriftlich anzuzeigen. Die Mitteilung muss die genaue Bezeichnung der Fraktion oder Gruppe, die Namen der/des Vorsitzenden der Fraktion oder Gruppe, ihrer/seiner Stellvertreterinnen/Stellvertreter und aller der Fraktion oder Gruppe angehörenden Kreistagsabgeordneten enthalten. Änderungen sind der Landrätin/dem Landrat unverzüglich anzuzeigen.

(2) Die Bildung von Fraktionen und Gruppen sowie Änderungen werden mit der schriftlichen Mitteilung an die Landrätin/den Landrat wirksam.

(3) Unterhält die Fraktion oder Gruppe eine Geschäftsstelle, sind der Landrätin/dem Landrat auch die Anschrift der Geschäftsstelle sowie die zur Verschwiegenheit verpflichteten Mitarbeiter der Fraktion oder Gruppe sowie evtl. Änderungen mitzuteilen.

§ 2

Ladungsfrist und Form der Einberufung des Kreistages

(1) Die Ladungsfrist für Sitzungen des Kreistages beträgt 10 Tage. In Eilfällen kann die Ladungsfrist auf 2 Tage abgekürzt werden. Die Frist gilt als gewahrt, wenn die Ladungen in Eilfällen 3 Tage und im Übrigen 11 Tage vor der Sitzung über das für alle Kreistagsmitglieder im Internet aufrufbare Kreistagsinformationssystem (§ 26) einsehbar sind.

(2) Der Ladung sind die Tagesordnung sowie etwaige Vorlagen zu einzelnen Tagesordnungspunkten beizufügen; Vorlagen können in Ausnahmefällen nachgereicht werden. Bei der Aufstellung der Tagesordnung ist § 6 zu beachten. Jeder Verhandlungsgegenstand muss besonders bezeichnet sein.

§ 3

Öffentlichkeit

(1) An öffentlichen Sitzungen des Kreistages können Zuhörerinnen und Zuhörer nach Maßgabe der vorhandenen Plätze teilnehmen; Pressevertretern sind besondere Sitze zuzuweisen.

(2) Zuhörerinnen und Zuhörer sind nicht berechtigt, das Wort zu ergreifen oder sich sonst an den Verhandlungen zu beteiligen. Sie dürfen auch im Übrigen die Verhandlungen nicht stören, insbesondere keine Zeichen des Beifalls oder des Missfallens geben. Zuhörerinnen und

Zuhörer, die die Ordnung stören, können von der/dem Vorsitzenden aus dem Sitzungssaal verwiesen werden.

§ 4 Ausschluss der Öffentlichkeit

Der Kreistag kann die Öffentlichkeit ausschließen, soweit das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner den Ausschluss erfordern.

§ 5 Sitzungsleitung und Vertretung

(1) Die/der Vorsitzende hat die Sitzungen unparteiisch zu leiten. Sie/er ruft die Verhandlungsgegenstände auf und stellt sie zur Beratung. Will sie/er zu einem Verhandlungsgegenstand selbst Stellung nehmen, so soll sie/er den Vorsitz für die Dauer der Beratung und Beschlussfassung dieses Gegenstandes abgeben.

(2) Der Kreistag wählt in seiner ersten Sitzung eine Vertreterin oder einen Vertreter der/des Vorsitzenden des Kreistages.

(3) Sind die Vorsitzende/der Vorsitzende und ihre/seine Vertreterinnen oder Vertreter verhindert, so wählt der Kreistag unter dem Vorsitz der/des ältesten anwesenden, hierzu bereiten Kreistagsabgeordneten für die Dauer der Verhinderung, längstens für die Dauer der Sitzung, eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden aus seiner Mitte.

§ 6 Sitzungsverlauf

Regelmäßiger Sitzungsverlauf:

- a) Eröffnung der Sitzung
- b) Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- c) Einwohnerfragestunde
- d) Feststellung der Tagesordnung
- e) Genehmigung des Protokolls über die vorhergegangene Sitzung
- f) Beratung und Beschlussfassung über die in der Tagesordnung bezeichneten Verhandlungsgegenstände, dazu jeweils Bericht über Vorschläge der Ausschüsse des Kreistages
- g) Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses
- h) Anregungen und Beschwerden
- i) Bericht der Landrätin/des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- j) Anfragen
- k) Einwohnerfragestunde
- l) nichtöffentliche Sitzung
- m) Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung
- n) Schließung der Sitzung

§ 7 Sachanträge

(1) Anträge zur Aufnahme eines bestimmten Beratungsgegenstandes in die Tagesordnung sind schriftlich an die Landrätin/den Landrat zu richten. Anträge, die nicht mindestens 14 Tage vor der Kreistagssitzung eingegangen sind, werden nach § 8 behandelt, wenn sie als dringlich bezeichnet sind.

(2) Der Kreistag entscheidet darüber, welchem Ausschuss der Antrag, der in die Tagesordnung aufgenommen worden ist, zur Vorbereitung überwiesen werden soll. Findet innerhalb eines Monats nach Eingang eines Antrages keine Kreistagssitzung statt, entscheidet der Kreisausschuss anstelle des Kreistages über die Ausschussüberweisung. Hiervon ist dem Kreistag in der folgenden Sitzung Kenntnis zu geben.

(3) Die/der Vorsitzende kann verlangen, dass mündlich gestellte Anträge zu Gegenständen, die auf der Tagesordnung stehen, bis zur Abstimmung schriftlich vorgelegt werden.

(4) Anträge auf Aufhebung von Beschlüssen früherer Sitzungen dürfen in die Tagesordnung nur aufgenommen oder in der Sitzung gestellt werden, wenn der Kreisausschuss einen entsprechenden Beschluss empfiehlt oder die Beschlussfassung des Kreistages mehr als 6 Monate zurückliegt. Dies gilt nicht, wenn sich die Sach- und Rechtslage wesentlich verändert hat.

§ 8 Als dringlich bezeichnete Anträge

(1) Auch als dringlich bezeichnete Anträge müssen vor Eintritt in die Tagesordnung eingebracht sein.

(2) Über die Aufnahme in die Tagesordnung beschließt der Kreistag. Der Antrag ist auf die Tagesordnung zu setzen, wenn er dringlich ist und der Kreistag mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder beschließt, die Tagesordnung entsprechend zu erweitern. Eine Aussprache hierzu darf sich nicht mit dem Inhalt des Antrages, sondern nur mit der Prüfung der Dringlichkeit beschäftigen.

(3) Soll über den Antrag in der Sache noch in der laufenden Sitzung des Kreistages beschlossen werden, ist die Sitzung zur Vorbereitung durch den Kreisausschuss zu unterbrechen.

§ 9 Änderungsanträge

Zu jedem Punkt der Tagesordnung können bis zur Abstimmung Änderungsanträge gestellt werden. Wird ein Änderungsantrag angenommen, so gilt der veränderte Antrag als neue Verhandlungsgrundlage.

§ 10 Anträge zur Geschäftsordnung

(1) Jedes Kreistagsmitglied kann während der Sitzung Anträge zur Geschäftsordnung stellen. Hierher gehören insbesondere Anträge auf

- a) Schluss der Debatte und Schließen der Rednerliste; diese Anträge können nur von Kreistagsmitgliedern gestellt werden, die zu dem Punkt nicht zur Sache gesprochen haben
- b) Vertagung
- c) Übergang zur Tagesordnung
- d) Verweisung an einen Ausschuss
- e) Unterbrechung der Sitzung
- f) Nichtöffentliche Behandlung einer Angelegenheit
- g) Verlängerung der Redezeit
- h) Zulassung mehrmaligen Sprechens
- i) Nichtbefassung

(2) Auf einen Antrag zur Geschäftsordnung gibt die/der Vorsitzende zuerst der Antragstellerin/dem Antragsteller das Wort zur Begründung und je einer/einem Abgeordneten der Fraktionen oder Gruppen die Gelegenheit zur Stellungnahme. Sie/er bringt darauf den Antrag zur Entscheidung durch den Kreistag.

§ 11 Zurückziehen von Anträgen

Anträge können bis zur Abstimmung von der Antragstellerin/dem Antragsteller jederzeit zurückgezogen werden.

§ 12 Beratung

(1) Ein Kreistagsmitglied darf nur sprechen, wenn ihr/ihm von der/dem Vorsitzenden das Wort erteilt wird. Es darf nur zur Sache gesprochen werden. Zwischenfragen sind nur mit Zustimmung der/des Sprechenden zulässig.

(2) Wird das Wort gewünscht, muss sich das Kreistagsmitglied durch Erheben der Hand bemerkbar machen.

(3) Die/der Vorsitzende erteilt das Wort in der Reihenfolge der Wortmeldungen, indem sie/er den Namen des Kreistagsmitglieds aufruft. Wird das Wort gleichzeitig von mehreren Kreistagsmitgliedern gewünscht, entscheidet die/der Vorsitzende über die Reihenfolge. Bei Wortmeldungen „zur Geschäftsordnung“ ist das Wort außerhalb der Reihenfolge zu erteilen, sobald die jeweilige Rednerin/der jeweilige Redner ihre/seine Ausführungen beendet hat.

(4) Die/der Vorsitzende kann zur Wahrnehmung der ihr/ihm nach § 63 NKomVG obliegenden Befugnisse jederzeit das Wort nehmen.

(5) Die Landrätin/der Landrat und die weiteren Beamtinnen und Beamten auf Zeit sind auf ihr Verlangen zum Gegenstand der Verhandlung zu hören. Die/der Vorsitzende kann ihnen zur tatsächlichen oder rechtlichen Klarstellung des Sachverhalts auch außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldung das Wort erteilen.

(6) Die Redner erheben sich beim Sprechen; sie dürfen in ihren Ausführungen nicht unterbrochen werden. Erhebt sich die/der Vorsitzende, so hat die Rednerin/der Redner ihre/seine Ausführungen zu unterbrechen.

(7) Die Redezeit beträgt bis zu 5 Minuten, für die Begründung eines schriftlichen Antrages in der Regel bis zu 10 Minuten. Die/der Vorsitzende kann die Redezeit verlängern. Bei Widerspruch beschließt der Kreistag über die Verlängerung der Redezeit.

(8) Jedes Kreistagsmitglied darf grundsätzlich zu einem Antrag nur einmal sprechen; ausgenommen sind hiervon

- a) das Schlusswort der Antragstellerin oder des Antragstellers unmittelbar vor der Abstimmung
- b) Richtigstellung offener Missverständnisse
- c) Anfragen zur Klärung von Zweifelsfragen
- d) Anträge und Einwendungen zur Geschäftsordnung
- e) Wortmeldungen der Landrätin/des Landrates gemäß Absatz 5

Die/der Vorsitzende kann im Einzelfall zulassen, dass ein Kreistagsmitglied mehr als einmal zu einer Sache sprechen darf. Bei Widerspruch entscheidet der Kreistag.

(9) Während der Aussprache über einen Punkt der Tagesordnung sind nur folgende Anträge zulässig:

- a) Anträge zur Geschäftsordnung
- b) Änderungsanträge
- c) Zurückziehung von Anträgen

§ 13 Anhörungen

(1) Beschließt der Kreistag, anwesende Sachverständige zum Gegenstand der Beratung zu hören, gilt § 12 Abs. 7 entsprechend.

(2) Beschließt der Kreistag, anwesende Einwohnerinnen oder Einwohner des Landkreises zum Gegenstand der Beratung zu hören, gilt § 12 Abs. 7 entsprechend. Der Beschluss bedarf der Mehrheit von drei Vierteln der anwesenden Kreistagsmitglieder. Eine Diskussion mit den Kreiseinwohnerinnen und Kreiseinwohnern findet nicht statt.

§ 14 Persönliche Bemerkungen

Einem Kreistagsmitglied, das sich zu einer persönlichen Bemerkung zu Wort gemeldet hat, ist das Wort auch nach Schluss der Beratung zu erteilen. Das Kreistagsmitglied darf in der persönlichen Bemerkung nur Angriffe zurückweisen, die in der Aussprache gegen sie/ihn gerichtet wurden, oder eigene Ausführungen berichtigen. Sie/er darf nicht länger als 3 Minuten sprechen.

§ 15 Verstöße

- (1) Persönliche Angriffe und Beleidigungen sind von der/dem Vorsitzenden sofort zu rügen.
- (2) Verstößt ein Kreistagsmitglied gegen die Bestimmungen der Geschäftsordnung, so kann die/der Vorsitzende sie/ihn unter Nennung des Namens „zur Ordnung“, falls sie/er vom Verhandlungsgegenstand abschweift, „zur Sache“ rufen. Folgt das Kreistagsmitglied dieser Ermahnung nicht, so kann die/der Vorsitzende ihr/ihm nach nochmaliger Verwarnung das Wort entziehen. Ist einem Kreistagsmitglied das Wort entzogen, so darf es zu diesem Punkt der Tagesordnung nicht mehr sprechen. § 12 Abs. 5 bleibt unberührt.
- (3) Wird die Ordnung in einer Sitzung gestört und gelingt es der/dem Vorsitzenden nicht, sie wieder herzustellen, so kann sie/er die Sitzung unterbrechen; sie/er kann sie nach Beratung mit den Vorsitzenden der Fraktionen und Gruppen aufheben.

§ 16 Abstimmung

- (1) Der Beratung folgt in der Regel die Abstimmung. Anträge, über die abgestimmt werden soll, sollen vor der Abstimmung im Wortlaut verlesen werden. Die/der Vorsitzende entscheidet über die Reihenfolge der Abstimmung; über den weitergehenden Antrag ist zuerst abzustimmen. Im Zweifel entscheidet der Kreistag, welches der weitergehende Antrag ist. Anträge zur Geschäftsordnung haben Vorrang.
- (2) Abgestimmt wird grundsätzlich durch Erheben der Hand, in Zweifelsfällen durch Aufstehen. Der/dem Vorsitzenden bleibt es überlassen, eine Auszählung der Stimmen vorzunehmen und das genaue Stimmenverhältnis festzulegen. Die Auszählung muss erfolgen, wenn der Kreistag dies vor der Abstimmung beschließt.
- (3) Die/der Vorsitzende stellt die Fragen so, dass der Kreistag seine Beschlüsse mit der Mehrheit der auf Ja oder Nein lautenden Stimmen fasst. Stimmenenthaltungen und ungültige Stimmen zählen bei der Feststellung des Abstimmungsergebnisses nicht mit.
- (4) Grundsätzlich wird offen abgestimmt. Soweit gesetzlich nicht vorgeschrieben, findet eine namentliche Abstimmung nur auf Antrag von mindestens einem Drittel der anwesenden Kreistagsmitglieder statt.
- (5) Über geheime Abstimmung wird mit Mehrheit beschlossen; sie hat den Vorrang vor namentlicher Abstimmung. Das Ergebnis einer geheimen Abstimmung wird durch zwei von der/dem Vorsitzenden zu bestimmende Kreistagsmitglieder festgestellt und der/dem Vorsitzenden mitgeteilt, die/der es bekannt gibt.

§ 17 Anfragen

- (1) Jede Kreistagsabgeordnete/jeder Kreistagsabgeordnete kann Anfragen, die kreisbezogene Angelegenheiten betreffen, stellen. Anfragen, die in der Kreistagssitzung beantwortet werden sollen, müssen fünf Tage vor der Kreistagssitzung bei der Landrätin/dem Landrat schriftlich eingereicht sein. Die Anfragen werden von der Landrätin/dem Landrat mündlich beantwortet. Eine Aussprache über die Beantwortung der Anfragen findet nicht statt. Eine Zusatzfrage des Fragestellers ist zulässig. Die/der Vorsitzende kann weitere Zusatzfragen zur Sache zulassen. Die Anfragen und Antworten werden in das Protokoll aufgenommen. Ist

die Antwort nicht schriftlich vorbereitet, so wird ihr wesentlicher Inhalt aufgenommen. Das gleiche gilt für Zusatzfragen.

(2) Im Übrigen sind Anfragen schriftlich an die Landrätin/den Landrat zu richten. Sie werden von der Landrätin/dem Landrat mündlich in den zuständigen Gremien oder schriftlich beantwortet. Für mündliche Antworten gilt Absatz 1 Sätze 4 bis 9 entsprechend. Eine schriftliche Antwort kann allen Kreistagsabgeordneten in geeigneter Weise zur Kenntnis gegeben werden.

§ 18 Protokoll

(1) Die Landrätin/der Landrat ist für das Protokoll verantwortlich. Sie/er bestimmt die Protokollführerin oder den Protokollführer. Zur Anfertigung des Protokolls kann die Beratung auf Tonband aufgenommen werden. Das Tonband ist nach Genehmigung des Protokolls zu löschen.

(2) Im Protokoll werden die wesentlichen Inhalte der Verhandlungen festgehalten, ein Wortprotokoll ist ausgeschlossen. Aus ihm muss ersichtlich sein, wann und wo die Sitzung stattgefunden hat, wer an ihr teilgenommen hat, welche Gegenstände verhandelt, welche Beschlüsse gefasst und welche Wahlen angenommen worden sind. Die Abstimmungsergebnisse sind festzuhalten. Jedes Kreistagsmitglied kann verlangen, dass aus dem Protokoll hervorgeht, wie es abgestimmt hat; dies gilt nicht bei geheimer Stimmabgabe.

(3) Das Protokoll ist von der/dem Vorsitzenden, der Landrätin/dem Landrat und der Protokollführerin/dem Protokollführer zu unterzeichnen. Es ist allen Kreistagsmitgliedern alsbald nach jeder Sitzung zu übersenden. Einwendungen gegen das Protokoll dürfen sich nur gegen die Richtigkeit der Wiedergabe des Verhandlungsverlaufs und des Inhalts der Beschlüsse richten. Der Kreistag beschließt über die Genehmigung des Protokolls. Werden gegen die Fassung des Protokolls Einwendungen erhoben, die sich nicht durch Erklärungen der Protokollführerin/des Protokollführers oder der Landrätin/des Landrates beheben lassen, entscheidet der Kreistag.

(4) Über die Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung des Kreistages vor Ablauf der Wahlperiode beschließt der Kreisausschuss.

§ 19 Einwohnerfragestunde

(1) In einer öffentlichen Kreistagssitzung kann jede Einwohnerin und jeder Einwohner des Landkreises unter dem Tagesordnungspunkt „Einwohnerfragestunde“ Fragen zu Beratungsgegenständen und anderen Landkreisangelegenheiten stellen. Nach spätestens 30 Minuten soll die Beratung der nachfolgenden Tagesordnungspunkte aufgenommen werden.

(2) Die Einwohnerfragestunde wird vom Vorsitzenden geleitet. Der Landrat bzw. die oder der ihn vertretende Verwaltungsbedienstete beantwortet die Fragen; ein Anspruch auf Beantwortung besteht nicht. Eine Diskussion findet nicht statt; jedoch kann jede oder jeder Fragende bis zu zwei Zusatzfragen, die sich auf den Gegenstand ihrer/seiner ersten Frage beziehen müssen, stellen.

II. Abschnitt - Kreisausschuss -

§ 20

Geschäftsgang und Verfahren des Kreisausschusses

Für Geschäftsgang und Verfahren des Kreisausschusses gelten die Vorschriften des I. Abschnittes für den Kreistag mit Ausnahme von §§ 13 und 19 entsprechend, soweit nicht gesetzliche oder Bestimmungen dieser Geschäftsordnung dem entgegenstehen.

§ 21

Ladungsfrist und Form der Einberufung des Kreisausschusses

(1) Die regelmäßige Ladungsfrist beträgt eine Woche. Sie gilt als gewahrt, wenn Ladungen 8 Tage vor der Sitzung über das für alle Kreistagsmitglieder im Internet aufrufbare Kreistagsinformationssystem einsehbar sind. In Eilfällen bestimmt die Landrätin/der Landrat Form und Frist der Ladung. Einladung und Tagesordnung sind allen übrigen Kreistagsmitgliedern nachrichtlich über das für alle Kreistagsmitglieder im Internet aufrufbare Kreistagsinformationssystem zugänglich zu machen.

(2) Im Fall des § 8 Abs. 3 kann die Landrätin/der Landrat den Kreisausschuss für die Sitzungspause des Kreistages einberufen.

§ 22

Zusammenwirken der Ausschüsse des Kreistages mit dem Kreisausschuss

Der Kreisausschuss nimmt, soweit erforderlich, zu den Beratungsergebnissen der Ausschüsse des Kreistages Stellung.

§ 23

Protokoll des Kreisausschusses

Das Protokoll über die Sitzung des Kreisausschusses wird allen Kreistagsmitgliedern alsbald nach jeder Sitzung über das Kreistagsinformationssystem verfügbar gemacht. Das Protokoll ist vertraulich zu behandeln.

III. Abschnitt - Ausschüsse – Beirat für Menschen mit Behinderungen im Landkreis Uelzen

§ 24

Geschäftsgang und Verfahren der Ausschüsse

(1) Für Geschäftsgang und Verfahren der Ausschüsse des Kreistages und der Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften gelten die Vorschriften des I. Abschnittes für den Kreistag entsprechend, soweit nicht gesetzliche oder Bestimmungen dieser Geschäftsordnung dem entgegenstehen. Jedes dem Kreistag angehörende Mitglied eines Fachausschusses kann im Falle der Verhinderung durch ein anderes Kreistagsmitglied vertreten werden. Wer

dann zur Vertretung berufen wird, regelt die Gruppe / Fraktion, der das verhinderte Fachausschussmitglied angehört.

(2) Die Ladungsfrist für die Sitzungen beträgt eine Woche. Sie gilt als gewahrt, wenn Ladungen 8 Tage vor der Sitzung über das für alle Kreistagsmitglieder im Internet aufrufbare Kreistagsinformationssystem einsehbar sind.

(3) Die Sitzungen der Ausschüsse sind öffentlich. Ausschüsse können zu einer nichtöffentlichen Sitzung geladen werden, wenn die Tagesordnung nur Verhandlungsgegenstände aufführt, die in nichtöffentlicher Sitzung zu verhandeln sind.

(4) Die Protokolle über die Sitzungen der Ausschüsse des Kreistages werden allen Kreistagsmitgliedern über das Kreistagsinformationssystem verfügbar gemacht.

§ 25

Geschäftsgang und Verfahren des Beirates für Menschen mit Behinderungen im Landkreis Uelzen

(1) Für Geschäftsgang und Verfahren des Beirates gelten die Vorschriften der Satzung über die Bildung und Tätigkeit des Beirates für Menschen mit Behinderungen im Landkreis Uelzen vom 01.04.2008 sowie § 24 entsprechend, soweit dem nicht gesetzliche oder nachfolgende Bestimmungen entgegenstehen.

(2) Jedes dem Beirat angehörende Mitglied wird im Verhinderungsfall von den vom Kreistag berufenen Personen vertreten.

(3) Die Ladungsfrist für die Sitzungen beträgt zwei Wochen. Sie gilt als gewahrt, wenn Ladungen 15 Tage vor der Sitzung zur Post gegeben werden.

(4) Die Sitzungen des Beirates sind öffentlich. Der Beirat kann zu einer nichtöffentlichen Sitzung geladen werden, wenn die Tagesordnung nur Verhandlungsgegenstände aufführt, die in nichtöffentlicher Sitzung zu verhandeln sind.

IV. Kreistagsinformationssystem

§ 26

Kreistagsinformationssystem

(1) Für die Wahrnehmung der kommunalpolitischen Tätigkeit wird ein internetbasiertes Kreistagsinformationssystem betrieben. In begründeten Ausnahmefällen (zum Beispiel Haushaltsplan) können Beratungsunterlagen als Druckausfertigung zugestellt bzw. in sonstiger Weise überlassen werden.

(2) Die Verwaltung trifft Vorkehrungen für einen ordnungsgemäßen Betrieb des Kreistagsinformationssystems mit Ausfallsicherheit. Eine Ersatzlösung steht kontinuierlich zur Verfügung. Für den Fall einer länger andauernden Störung ergreift die Verwaltung notwendige Maßnahmen, damit die Kreistagsarbeit fortgeführt werden kann.

(3) Die Kreistagsabgeordneten nutzen dafür die in ihrem persönlichen Umfeld vorhandene bzw. von ihnen dafür anzuschaffende technische Ausstattung.

(4) Für die nicht dem Kreistag angehörenden Mitglieder der sondergesetzlichen und freiwilligen Ausschüsse wird die papiergebundene Zustellung von Beratungsunterlagen fortgeführt. Sie sind jedoch aufgerufen, von sich aus auf die papiergebundene Zustellung zu verzichten und das Kreistagsinformationssystem zu nutzen, wenn im persönlichen Umfeld eine geeignete Ausstattung zur Verfügung steht.

(5) Die Kreistagsmitglieder erhalten bei Ladungen zu Sitzungen eine E-mail mit einem entsprechenden Link zum im Internet aufrufbaren Kreistagsinformationssystem. Entsprechendes gilt auch für Vorlagen die nachgereicht werden.

V. Schlussbestimmungen

§ 27

Außerkraftsetzen der Geschäftsordnung

Der Kreistag und der Kreisausschuss können für die Dauer einer Sitzung oder für einzelne Verhandlungsgegenstände die Aufhebung oder Änderung von Bestimmungen dieser Geschäftsordnung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen, stimmberechtigten Mitgliederzahl beschließen.

§ 28

Inkrafttreten

Diese Geschäftsordnung tritt am 13.12.2011 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Geschäftsordnung für den Kreistag, den Kreisausschuss, die Kreistagsausschüsse und die aufgrund besonderer Rechtsvorschriften gebildeten Ausschüsse vom 01.11.2011 außer Kraft.

gez. Dr. Blume
(Landrat)

An den
Landkreis Uelzen
Dr Heiko Blume
Veerßer Straße 53
29525 Uelzen

Birgit Ohrenschall-Reinhardt
Fraktionsvorsitzende
Bündnis 90/ Gruppe Zukunft
Alte Schmiede 7
29525 Uelzen
birgit@pfl egeteam-uelzen.de
Tel.: 05804-9697
Mobil: 0170-8089697

Uelzen, 11. Oktober 2016

Sehr geehrter Herr Dr Blume,
Sehr geehrte Damen und Herren Kreistagsabgeordnete

Wir beantragen:

der Kreistag möge nachfolgende Änderung der Geschäftsordnung beschließen:
§ 17 Abs. 2 der Geschäftsordnung wird wie folgt neu gefasst:

(2) Im Übrigen sind Anfragen schriftlich an die Landrätin/den Landrat zu richten. Kreistagsabgeordnete können große und kleine schriftliche Anfragen stellen. Große Anfragen sind schriftlich von einer Fraktion zu stellen. Sie sind innerhalb eines Monats von der Landrätin/dem Landrat schriftlich zu beantworten. Auf Verlangen der Fraktion folgt der Antwort eine Besprechung im Kreistag. Kleine Anfragen werden von mindestens einer/einem Kreistagsabgeordneten gestellt. Sie sind der Landrätin/dem Landrat binnen zehn Arbeitstagen schriftlich zu beantworten und dann unverzüglich als Drucksache im Bürgerinformationssystem des Kreises sowie im Kreistagsinformationssystem zu veröffentlichen. Die Antwortfrist verlängert sich auf einen Monat, wenn für die Beantwortung Beiträge aus dem Zuständigkeitsbereich von Landesministerien erforderlich sind.

§ 17 der Geschäftsordnung wird durch einen Absatz 3 ergänzt:

(3) Eine Antwort hat zu unterbleiben, soweit gesetzliche Vorschriften, überwiegende Belange des öffentlichen Wohls oder berechtigte Interessen Einzelner entgegenstehen. Die Antwort ist als nicht öffentlich auszuweisen, sofern es sich um eine Angelegenheit handelt, die nach § 4 GO von der Öffentlichkeit ausgeschlossen werden muss, oder wenn die Antwort geschützte personenbezogenen Daten enthält.

Begründung:

Das Recht auf die Beantwortung von Anfragen ist in § 56 NKomVG begründet und damit eine wesentliche Grundlage für die Kontrollfunktion und Gestaltungsaufgabe der Kreistagsabgeordneten, weshalb die Beantwortung schriftlich innerhalb einer angemessenen Frist erfolgen sollte. Hierfür werden sinnvolle und übliche Fristen festgelegt. Dabei wird zwischen großen und kleinen schriftlichen Anfragen unterschieden. Entscheidet sich eine Fraktion für eine große Anfrage, so ist damit in der Regel die Absicht verbunden, die Angelegenheit unter Berücksichtigung der erfragten Fakten kommunalpolitisch zu erörtern. Hierzu ist den Fraktionen ein Instrument an die Hand zu geben. Die Arbeit der Kreistagsabgeordneten sollte transparent in der Öffentlichkeit dargestellt werden, weshalb auch die in Anfragen ausgedrückte Aktivität der Kreistagsabgeordneten im Bürgerinformationssystem abgebildet werden muss.

Birgit Ohrenschall-Reinhardt

An den
Landkreis Uelzen
Dr Heiko Blume
Veerßer Straße 53
29525 Uelzen

Birgit Ohrenschall-Reinhardt
Fraktionsvorsitzende
Bündnis 90/ Gruppe Zukunft
Alte Schmiede 7
29525 Uelzen
birgit@pfl egeteam-uelzen.de
Tel.: 05804-9697
Mobil: 0170-8089697

Uelzen, 10. Oktober 2016

Sehr geehrter Herr Dr Blume,
Sehr geehrte Damen und Herren Kreistagsabgeordnete

Wir beantragen:
der Kreistag möge folgende Änderung der Geschäftsordnung beschließen:

§ 19 Einwohnerfragestunde
„ Der Landrat bzw. die oder der ihn stellvertretende Verwaltungsbedienstete beantwortet die Fragen“

beantragte Ergänzung:
Anfragen an einzelne Kreistagsabgeordnete, Gruppen oder Fraktionen werden von diesen selber beantwortet

Begründung:
In mehreren Gemeinden wurden die Geschäftsordnungen schon in diesem Punkt erweitert.
Der Landkreis sollte deshalb ´nachziehen`.
Es stößt bei den Bürgerinnen und Bürgern immer wieder auf Unverständnis, dass nur die Verwaltung in Kreistagssitzungen Fragen beantwortet und Fragen nicht an KT- Abgeordnete, oder Fraktionen gerichtet werden können. Wir glauben, dass es unserer politischen Kultur gut tun würde, wenn wir uns den Bürgern weiter öffnen würden und somit auch glaubhafter werden.
Auch möchte ich an unser strategisches Ziel „ Bürgerbeteiligung und Transparenz“ erinnern.

Birgit Ohrenschall-Reinhardt

An den
Landkreis Uelzen
Dr Heiko Blume
Veerßer Straße 53
29525 Uelzen

Birgit Ohrenschall-Reinhardt
Fraktionsvorsitzende
Bündnis 90/ Gruppe Zukunft
Alte Schmiede 7
29525 Uelzen
birgit@pfl egeteam-uelzen.de
Tel.: 05804-9697
Mobil: 0170-8089697

Uelzen, 18 .Oktober 2016

Sehr geehrter Herr Dr Blume,
Sehr geehrte Damen und Herren Kreistagsabgeordnete

Wir beantragen:

In schriftlichen Unterlagen, Redebeiträgen, Pressemitteilungen u.a. öffentlichen Verlautbarungen sowie auf der Internetseite des Landkreises, wird eine geschlechtergerechte Sprache eingehalten.

Begründung:

Sprache bildet die Realität ab. Redebeiträge in den Ausschuss- und Kreistagssitzungen von MandatsträgerInnen, Verwaltung und dem Landrat sind oft nur männlich formuliert und verstärken daher alte Rollenbilder. Trotz positiver Ansätze in einzelnen Bereichen besteht hier noch Handlungsbedarf.

Die Landkreisverwaltung und die gewählten politischen VertreterInnen sollten dabei eine Vorbildfunktion einnehmen.

Birgit Ohrenschall-Reinhardt